

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses
für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 14.10.2010**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 15:15 Uhr bis 17:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|---------------------------|------------------------|--|
| Herr Lothar Dieringer | parteilos | |
| Herr Andreas Scholtyssek | CDU | Herr Andreas Scholtyssek nahm bis 16.55 Uhr an der Sitzung teil. |
| Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck | DIE LINKE. | Vertretung für Herrn Uwe Heft. |
| Herr Olaf Sieber | DIE LINKE. | |
| Herr René Trömel | DIE LINKE. | Vertretung für Frau Dr. Petra Sitte. |
| Frau Katharina Hintz | SPD | Frau Katharina Hintz nahm ab 15.50 Uhr an der Sitzung teil. |
| Herr Andreas Hajek | parteilos | Herr Andreas Hajek nahm bis 16.55 Uhr an der Sitzung teil. |
| Herr Denis Häder | MitBÜRGER für Halle | |
| Herr Heinz-Günter Ploß | SKE | |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|------------------------|------------|---|
| Herr Martin Bauersfeld | CDU | |
| Herr Uwe Heft | parteilos | vertreten durch Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck. |
| Frau Dr. Petra Sitte | DIE LINKE. | vertreten durch Herrn René Trömel. |
| Frau Gertrud Ewert | SPD | |
| Herr Christoph Menn | BÜNDNIS | |
| 90/DIE GRÜNEN | | |
| Frau Beate Fleischer | SKE | |
| Herr Christian Glüse | SKE | |
| Herr Dr. Gerhard Kotte | SKE | |
| Frau Irmgard Lawnik | SKE | |
| Herr Stefan Person | SKE | |
| Herr Jörg Puschmann | SKE | |
| Herr Karsten Weidner | SKE | |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Häder (Ausschussvorsitzender / MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) eröffnet die Sitzung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung kann nicht festgestellt werden, da die Ladungsfrist nicht eingehalten wurde. Auf Nachfrage von **Herrn Häder** bei den anwesenden Mitgliedern, ob dies der Sitzungsdurchführung entgegensteht, wurden keine Einwendungen gegen die Durchführung der Sitzung erhoben. Somit wird mit dem regulären Sitzungsverlauf fortgefahren und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Bevor über die Tagesordnung abgestimmt wird, teilt **Herr Häder** mit, dass eigentlich der Tagesordnungspunkt (TOP) 5.2., auf Wunsch von **Herrn Dr. Pohlack** (Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen) vorverlegt und noch vor dem Nachtragshaushalt behandelt werden sollte.

Da sich **Herr Dr. Pohlack** jedoch noch in einem anderen Termin befindet, erkundigt sich **Herr Häder** bei den Ausschussmitgliedern, ob ein flexibler Umgang mit der Tagesordnung möglich wäre, sodass TOP 5.2. dann behandelt wird, sobald **Herr Dr. Pohlack** anwesend ist. Diesem Vorschlag konnte von allen Mitgliedern zugestimmt werden.

Folgende Tagesordnung wird somit, unter der Beachtung der „flexiblen“ Tagesordnung, für den öffentlichen Bereich einstimmig festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.09.2010
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept (Hinweis: Vorlage bitte mitbringen)
Vorlage: V/2010/09122
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Verbesserung der halleschen Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2010/09164
- 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Engagement des Landes als Mitgesellschafter des MMZ
Vorlage: V/2010/09184
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.09.2010

Zunächst hat **Herr Sieber** (DIE LINKE.) eine Anfrage:

Als Anhang zur Niederschrift der vergangenen Sitzung wurden die Zwischenergebnisse der Onlineumfrage zur Breitbandversorgung beigefügt. Jedoch sagen diese Zahlen gar nichts aus, da hier die Angabe der Einwohnerzahl der jeweiligen Stadtgebiete fehlt und somit kein klares Bild entstehen kann

Vorschlag von **Herrn Häder**:

Diese Anfrage sollte besser unter dem Punkt „Beantwortung von mündlichen Anfragen“ noch einmal gestellt werden, da sie nicht unmittelbar mit dem Inhalt der Niederschrift zu tun hat.

Herr Sieber willigt in diesen Vorschlag ein und stellt seine Anfrage noch einmal an späterer Stelle.

Anfrage von **Herrn Häder** zum Abstimmungsergebnis der Beschlussvorlage zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft SGB II Bereich:

Die genannte Vorlage wurde in der letzten Sitzung abgestimmt, jedoch traten hier bei der Geschäftsstelle im Nachgang Irritationen bezüglich des Abstimmungsergebnisses auf, da sich bei diesem Punkt damals notiert wurde, dass der Beschlussvorschlag abgelehnt wurde. Könnte dies bitte noch einmal genauer erläutert werden?

Antwort von **Herrn Scholtyssek** (CDU):

Die in der Niederschrift aufgeführte Abstimmung sowie das Abstimmungsergebnis sind korrekt. Versehentlich hat er in der vergangenen Sitzung zwar das richtige Abstimmungsergebnis zur Kenntnis genommen, aber dann mitgeteilt, dass der Beschlussvorschlag abgelehnt wurde. Dies war auf Grund der Stimmabgabe nicht korrekt.

Nachdem die Anfragen zur Niederschrift geklärt bzw. verschoben wurden, wird die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.09.2010 einstimmig genehmigt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept (Hinweis: Vorlage bitte mitbringen) Vorlage: V/2010/09122**

Ausführungen zum Nachtragshaushalt:

Zunächst erhält **Herr Neumann** (Beigeordneter Dezernat Wirtschaft und Arbeit) das Wort:
Es gibt 3 Positionen im Rahmen des Nachtragshaushaltes die im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses und somit im Dezernat für Wirtschaft und Arbeit zu berücksichtigen sind und bei denen im Rahmen des Nachtragshaushaltes auf folgende finanzielle Mittel verzichtet wird:

- Amt für Wirtschaftsförderung (83.640 Euro)
- Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (100.000 Euro)
- Stabsstelle Dienstleistungszentrum Wirtschaft (16.000 Euro)

Anfrage von **Herrn Scholtyssek**:

Könnte seitens der Verwaltung eine nähere Erläuterung zu den Positionen erfolgen? Wo wird konkret in den jeweiligen Bereichen gespart bzw. welche Aktivitäten können dadurch nicht mehr durchgeführt werden?

Antwort von **Herrn Dr. Franke** (Leiter Wirtschaftsförderung) für die Positionen in seinem Amt:

Im Amt für Wirtschaftsförderung sind auf Grund des Nachtragshaushaltes 4 größere Positionen betroffen, bei denen Reduzierungen vorgenommen werden mussten:

- Sachausgaben eigener Veranstaltungen (Reduzierung um 13.000 Euro; auch im Bereich des Einzelhandelsgutachten)
- Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (Reduzierung um 44.790 Euro)
- weitere besondere Sachausgaben (Reduzierung um 18.200 Euro)
- Förderung von Kongressen und Veranstaltungen (Reduzierung um 2.650 Euro), wobei bei dieser Position darauf hinzuweisen sei, dass die Mitglieder des Ausschusses immer auf diese Position Wert gelegt haben

Eine Übergabe der Übersicht zu den einzelnen Positionen kann im Rahmen der Niederschrift erfolgen, falls dies erwünscht ist.

Dies wird von den Ausschussmitgliedern bestätigt.

Anfrage von **Herrn Scholtyssek** zu den Ausführungen von **Herrn Dr. Franke**:

Heißt das nun, dass das Einzelhandelsgutachten nicht mehr weiter durchgeführt werden kann, wenn bei der Reduzierung der entsprechenden Position auch das Gutachten benannt wurde?

Antwort von **Herrn Dr. Franke**:

Die Durchführung des Einzelhandelsgutachtens an sich wird nicht beeinträchtigt, jedoch wird auf Grund der Reduzierung in diesem Bereich die Veranstaltung eines geplanten Workshops gestrichen.

Vorschlag von **Herrn Häder**:

Vielleicht sollte man nach diesen Ausführungen darüber nachdenken, eine isolierte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte vorzunehmen.

Wortmeldung von **Herrn Hajek** (FDP):

Wie bereits von ihm in der letzten Ausschusssitzung schon festgestellt wurde, hält er das Einzelhandelsgutachten nach wie vor für Blödsinn. Da hier nun auch noch Mittel reduziert werden, hätte man diese generell durchaus für sinnvollere Maßnahmen einplanen können. Eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte wird auch von ihm befürwortet.

Ausführungen zum Konsolidierungskonzept:

Herr Neumann teilt mit, dass sich folgende Haushaltskonsolidierungsziele für das Jahr 2011 in den einzelnen Bereichen, auf Grund des Konzeptes, ergeben:

- Amt für Wirtschaftsförderung (138.300 Euro; im Rahmen des Fachkonzeptes sowie im Rahmen der Reduzierung von Aktivitäten bei regionalen und internationalen Projekten)
- Stadtmarketing (100.000 Euro, im Rahmen einer Zuschussminderung)
- Zoologischer Garten (50.000 Euro, im Rahmen einer Zuschusssenkung)
- Stabsstelle Dienstleistungszentrum Wirtschaft (10.000 Euro)
- 1. Arbeitsmarkt (15.000 Euro, im Rahmen von Projekten)

Damit ergibt sich, im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, eine Gesamtsumme von 313.300 Euro, welche im Bereich des Dezernates für Wirtschaft und Arbeit durch Konsolidierungsmaßnahmen eingespart werden kann.

Wortmeldung von **Herrn Dieringer** (CDU):

Seiner Meinung nach wird hier, im Rahmen des Nachtragshaushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes an der falschen Stelle gespart. Die Wirtschaftsförderung ist ohnehin schon unterfinanziert, da sollten hier nicht noch zusätzliche Sparmaßnahmen durchgeführt werden.

Wie steht denn die Verwaltung dazu und was passiert, wenn das Konzept abgelehnt wird? Kommt es dann für die Verwaltung noch schlimmer?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Im Moment ist das Haushaltskonsolidierungskonzept auch wirklich nur ein „Konzept“, bei dem es vorrangig um Maßnahmenvorschläge für das Landesverwaltungsamt geht. Man muss hier zunächst ohnehin die Planungen für das Haushaltsjahr 2011 abwarten und sehen, was dann von den geplanten Maßnahmen auch wirklich umgesetzt werden kann. Immerhin wurde bereits im vergangenen Jahr 2009 und im laufenden Jahr 2010 ein Gesamtvolumina von 200.000 Euro beigetragen.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

Herr Häder betont noch einmal und gerade unter den vorausgegangenen Ausführungen, dass hier eine Trennung zwischen Nachtragshaushalt und Konsolidierungskonzept erfolgen sollte.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

Momentan besteht ja eine Haushaltssperre in der Verwaltung, deren Umsetzung ja auch offenbar funktioniert, sodass es hier mit dem Nachtragshaushalt keine Probleme geben dürfte.

Aber die Haushaltskonsolidierung geht ja auf die Planzahlen des Jahres 2010 zurück, sodass hier schon erheblich Bedenken bestehen, da die Planungen für das Jahr 2011 noch nicht bekannt sind und daher nicht zu erkennen ist, ob das nunmehr zu beschließende Haushaltskonsolidierungskonzept dann auch wirklich so umgesetzt werden kann.

Daher hat er, was das Konzept betrifft, schon „Bauchschmerzen“ bei einer Entscheidung.

Wortmeldung von **Herrn Neumann**:

Im Rahmen der Wirksamkeit des zu fassenden Beschlusses dürfte wohl klar sein, dass der Nachtragshaushalt hier kein Problem darstellt, da der Kassenschluss ja auch bereits im Dezember ist und das sozusagen nur „Formsache“ ist.

Was das Haushaltskonsolidierungskonzept betrifft, so muss man hier sicherlich in „Jahresscheiben“ denken, wobei hier die Hauptherausforderung im Haushaltsjahr 2011 liegen wird, da man hier sehen wird, welche Maßnahmen des Konzeptes tatsächlich umgesetzt werden können und welche verschoben werden müssen.

Insgesamt müsse die Verwaltung weg von Veräußerungen und hin zur stetigen Steigerung von Beiträgen kommen.

Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Scholtyssek**:

Er beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte und fordert die Änderung des Beschlussvorschlages dahingehend, dass aus den zwei Beschlusspunkten drei gemacht werden, wobei Nachtragshaushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept einzeln abgestimmt werden.

Immerhin muss man auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt im Blick behalten. So liegt die durchschnittliche Steuereinnahmekraft in Halle noch unter der in Dessau-Roßlau. Daher sollte hier eine aktivere Ansiedlung durchgeführt werden, um die Einnahmen der Stadt Halle zu steigern. Dies ist aber mit den Maßnahmen aus dem Konsolidierungskonzept nicht möglich. Daher sieht auch er hier Probleme mit dem Konzept.

*Dem Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Scholtyssek** wird zugestimmt, es kommt später zur beantragten Abstimmung.*

Wortmeldung und Nachfragen von **Herrn Häder**:

Probleme im Haushaltskonsolidierungskonzept werden vor allem darin gesehen, dass beim Stadtmarketing 100.000 Euro eingespart werden sollen. Das bedeutet doch, dass somit fast sämtliche Werbemaßnahmen wegfallen bzw. eingestellt werden müssen, obwohl nur damit Einnahmen generiert werden können.

Im Haushaltskonsolidierungskonzept wurde mitgeteilt, dass die dann fehlenden 100.000 Euro durch ein neues Geschäftsfeld akquiriert werden, wodurch sich folgende Fragen ergeben:

1. Um welches Geschäftsfeld handelt es sich?
2. Wie kann das Stadtmarketing mit diesem gekürzten Budget arbeiten? Wie ist dies auch bei der Wirtschaftsförderung möglich?

Wie kann eine Einsparung der Zuschüsse im Bereich des Zoos erfolgen, wenn dieser bereits in diesem Jahr einen höheren Fehlbetrag auszuweisen hat?

Antwort von **Herrn Neumann** zur Fragestellung zum Zoologischen Garten und zum Stadtmarketing:

Was den Fehlbetrag des Zoos betrifft, so resultiert dieser zum Einen aus der Abschreibung bei der Reil'schen Villa und zum Anderen sind durch die Sanierung des Totenkopffüchsenhauses 20.000 Besucher weniger im Zoo zu verzeichnen.

Der Wirtschaftsplan des Zoos ist jedoch so ausgerichtet, dass er ohne den Zuschuss der 50.000 Euro durch die Stadt auskommen wird, aber eine Voraussetzung dafür ist auch, dass die Zuwendungen von Dritten, so wie es jetzt durch die Saalesparkasse geschehen ist, erhalten bleiben. Des Weiteren werden sich höhere Besucherzahlen durch die Attraktivitätsverbesserung im Gastronomiebereich erhofft.

Was die Stadtmarketing GmbH betrifft, so ist die Zielstellung darauf gerichtet, die Mitgesellschafterbeiträge zu erhöhen und die Wirtschaft stärker zu beteiligen. Wobei die Reduzierung um 100.000 Euro schon einen erheblichen und deutlichen Einschnitt für das Stadtmarketing bedeutet.

Ausführungen von **Herrn Preuk** (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH):

Die Reduzierung des Budgets um 100.000 Euro kann und soll nicht allein durch das neue Geschäftsfeld ausgeglichen werden. Zumal dies zunächst Investitionen bedeutet, durch die dann später die Einnahmen generiert werden können.

Es wird künftig bei einzelnen Projekten nicht jedoch am Personal gespart, da dies trotzdem für die Aufrechterhaltung der Kernaufgaben notwendig ist. Auf die Kernaufgabe soll sich dann auch künftig konzentriert werden, so wird also künftig die Vermarktung und nicht die Produzierung von neuen Produkten erfolgen. Des Weiteren wird, auf Grund der Reduzierung, die Beteiligung an diversen Messen entfallen.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Welches neues Geschäftsfeld wird denn nun künftig angestrebt?

Antwort von **Herrn Preuk**:

Das Stadtmarketing möchte künftig auch als Reiseveranstalter tätig werden.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Mit welchen Aufwendungen rechnet das Stadtmarketing als Reiseveranstalter, wenn hier gesagt wird, dass dies zunächst Investitionen erfordert?

Antwort von **Frau Graupeter** (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH):

Zunächst wird hier mit einer Investition in Höhe von 30.000 Euro für das Jahr 2011 gerechnet.

Anfrage von **Herrn Dieringer**:

Ist es der Stadtmarketing GmbH überhaupt erlaubt, sich als Reisebüro zu etablieren?

Antwort von **Frau Graupeter**:

Dies ist erlaubt, da das Stadtmarketing weder gemeinnützig ist noch als Reisebüro agieren möchte. Das Stadtmarketing möchte sich als Reiseveranstalter etablieren und dies ist möglich, solange nicht mehr als zwei Leistungen in einem Paket verkauft werden.

Antwort von **Herrn Dieringer**:

Also agiert das Stadtmarketing ja dann doch als Reisebüro.

Antwort von **Frau Graupeter**:

Nein, da ein Reisebüro seine Kunden für ein gebuchtes Event „weschickt“, während sich das Stadtmarketing im Rahmen seiner Reiseveranstaltertätigkeit um die Vermarktung von Leistungen kümmern wird und die Kunden für ein gebuchtes Event in Halle „behält“.

Anfrage von **Herrn Dieringer**:

Ist dies mit der IHK be- bzw. abgesprochen worden?

Antwort von **Frau Graupeter**:

Ja, die IHK wurde selbstverständlich einbezogen.

Anfrage von **Herrn Dr. Köck** (DIE LINKE.):

Das Stadtmarketing ist dann also künftig als Partner der Reisebüros zu verstehen?

Anfrage von **Herrn Dieringer**:

Besteht denn hier nicht eher Konkurrenz zu den örtlichen Reisebüros?

Antwort von **Frau Graupeter**:

Das Stadtmarketing ist dann in der Tat eine Art Partner für die Reisebüros und keine Konkurrenz. Aber selbst wenn doch eine gewisse Konkurrenz auftreten sollte, so belebt diese ja bekanntermaßen das Geschäft.

Wortmeldung von **Herrn Preuk**:

Durch den Auftritt als Reiseveranstalter kann eine bessere Vermarktung der Produkte erfolgen, da dann die „Schnürung“ von Paketen möglich ist, bei denen dann zwei Leistungen (z. B. Übernachtung mit Restaurantbesuch) für einen günstigeren Preis angeboten werden können.

Anfrage von **Herrn Häder**:

Wie sieht es bei der Wirtschaftsförderung mit der Arbeitstätigkeit auf Grund der Kürzungen aus?

Antwort von **Herrn Dr. Franke**:

Zunächst werden zwei Punkte zum Verfahren erläutert:

1. Als Teil der Verwaltung ist man natürlich gehemmt, den Mitgliedern der Ausschüsse und somit auch des Stadtrates die volle Wahrheit zu sagen, da man als Organisationseinheit selbst an der Aufstellung des Konzeptes mitwirken muss und somit kann
2. nur auf die Teilwahrheit eingegangen werden.

2 Mio. Euro sind in der „Kriegskasse“ als Jahresbudget vorhanden, somit sehen die Reduzierungen um 100.000 Euro zunächst nicht dramatisch aus.

Jedoch verbleiben nach dem Abzug der Personalkosten, der Fixkosten für die Arbeitsfähigkeit in den entsprechenden Räumlichkeiten, der Kosten für vermehrte Tätigkeiten im Bereich der internationalen Beziehungen sowie der weiteren Kosten für die Mitarbeit in Vereinen noch ca. 500.000 Euro.

Wenn man davon nun noch einmal eine Reduzierung um 100.000 Euro (wie vorgesehen) vornimmt, die sich dann vor allem in Bereichen wie der Kongressförderung, der Tätigkeiten im Rahmen der Metropolregion sowie der wirtschaftlichen Kontakte niederschlägt, dann kann man mit dem daraus resultierenden „Restbudget“ nicht sehr glücklich sein, weil dies natürlich in der Vergangenheit schon einmal mehr war. Das würde für die Arbeit der Wirtschaftsförderung bedeuten, dass Standortanalysen nicht fortgeführt werden können und so auch der Workshop im Rahmen des Einzelhandelsgutachten wegfallen muss. Erschwerend hinzu kommt noch, dass sich die Stadt Halle momentan im Phasing Out bei der Ansiedlungsförderung befindet, d. h. die Förderung bei der Ansiedlung am Standort fällt von 30% um 10% auf nunmehr nur noch 20% und das für die kommenden drei Jahre.

Durch die vorläufige Haushaltsführung ist keine Kontinuität mehr möglich, daher wäre Planungssicherheit in seinem Bereich mehr wert, als geplante Mittel, die dann bei einem Abruf, auf Grund der Haushaltssperre, nicht freigegeben werden können. Mit dieser Art des Haushaltsablaufes ist man nicht mehr gut aufgestellt.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.300 EUR – die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt - Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte:

Beschlusspunkt 1
- einstimmig zugestimmt -

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

Beschlusspunkt 2
- mehrheitlich abgelehnt -

1 Ja-Stimme
6 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Beschlusspunkt 3
- einstimmig zugestimmt -

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Verbesserung der halleschen Wirtschaftsförderung** **Vorlage: V/2010/09164**

Zunächst erhält **Herr Hajek** als Vertreter der antragstellenden Fraktion das Wort:
Der Antrag zielt auf eine Verbesserung für die Unternehmen ab, jedoch stellt sich nach der Stellungnahme der Verwaltung noch die Frage, wie die Umsetzung erfolgen wird.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

Doppelt sich der gestellte Antrag nicht mit der bereits vorgestellten Studie der IHK?
Das Grundanliegen des Antrages kann grundsätzlich geteilt werden, aber wäre es nicht besser vielleicht aus der bereits erfolgten Studie Rückschlüsse zu ziehen und den Antrag darauf aufzubauen, statt noch einmal selbst eine solche Umfrage zu machen? Gerade im Zusammenhang mit der vorherigen Haushaltsdiskussion sollte man hierüber noch einmal nachdenken.

Anfrage von **Herrn Dieringer**:

Wurde die von **Herrn Häder** aufgeworfene Fragestellung denn schon bei der Antragstellung berücksichtigt?

Antwort von **Herrn Hajek**:

Ja, aber der Antrag zielt hier vielmehr auf die kleineren Unternehmen ab, die bei der IHK-Studie nicht berücksichtigt wurden.

Wortmeldung von **Herrn Scholtyssek**:

Die vorhergehende Aussage von **Herrn Hajek** ist so nicht ganz richtig, da sich die Befragung der IHK an alle Unternehmen richtete, aber die Rücklaufquote nicht gut war.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Er persönlich fand die Vorstellung Studie und auch die Untersuchungsmethoden eher nicht so „doll“, daher sollte man sich hier eher von einer Auswertung und evtl. Rückschlüssen daraus fernhalten. Der Antrag wird schon als sinnvoll erachtet, jedoch sieht er hier ein Problem beim ersten Beschlusspunkt: Dieser beinhaltet eine derartige Festlegung auf die zu bewertenden Themen, dass dies eher ungeeignet erscheint.

Des Weiteren besteht beim Beschlusspunkt 3 eine Doppelung mit einem bereits im Jahr 2005 gefassten Beschluss, der nunmehr auch schon umgesetzt wurde.

Daher möchte er einen Änderungsvorschlag zum Antrag einbringen.

*Noch in der Sitzung wurde sich darauf geeinigt, dass der Änderungsvorschlag von **Herrn Sieber** in Form eines Änderungsantrages für die nächste Sitzung eingestellt wird.*

Wortmeldung von **Herrn Dr. Franke**:

Im Rahmen des Antrags muss aber jedem klar sein, dass bereits erfolgte Studien zeigen, was durch die Untersuchung im Rahmen einer Studie möglich ist und was nicht. So ist bei der IHK-Studie die Methodik des Fragebogens nicht klar.

Im Amt für Wirtschaftsförderung wurde im Jahr 1999 schon einmal eine Befragung durchgeführt, wobei im Ergebnis stand, dass die Wirtschaftsförderung von allen Institutionen (IHK, Handwerkskammer etc.) am Besten abgeschnitten hat. Somit zeigt sich doch, dass ich bei einer selbstdurchgeführten Umfrage immer auf das Ergebnis kommen kann, auf welches ich abziele, es ist lediglich eine Sache der Fragemethodik.

So waren die Befragten der IHK-Studie mit den Gas- und Wasserpreisen unzufrieden, wobei hier nur Platz 25 – 26 möglich war.

Bei der Abweichung vom Gesamtdurchschnitt landete die Stadt Halle jedoch auf Platz 9. Somit hätte man bei der Methodik die Preise darstellen sollen, dann wäre eine konkretere Aussage zu diesem Punkt möglich gewesen.

Interessenhalber wurde ein externer Partner für Umfragen in Dresden zu den Kosten zur Durchführung einer solchen Befragung angefragt. Nach dessen Antwort war klar, dass diese Kosten nicht zu tragen wären, aber nur durch die Befragung von einem externen Partner wäre eine solche Studie auch realistisch. Somit greifen die Überlegungen von **Herrn Kley** in diesem Antrag zu kurz. Hier kann nicht selbst eine Befragung durchgeführt werden, diese wäre nur gemeinsam durch den Stadtrat und die Verwaltung möglich. Eine wirklich objektive Befragung wäre nur durch Externe möglich.

Wortmeldung von **Herrn Dr. Köck**:

Wichtig ist doch, was am Ende als Ergebnis rauskommt. Somit wäre doch vielleicht schon mal eine Analyse, in welcher Branche die meisten Gewerbean- und Abmeldungen laufen interessant. Immerhin gibt es ja auch Parameter die objektiv bewertet werden können (z. B. wenn im Bereich der Bäckerbetriebe die meisten Abmeldungen vorgenommen werden, kann etwas nicht in Ordnung sein). Hier könnte man vielleicht auch mit dem Institut für Soziologie zusammenarbeiten.

Antwort von **Herrn Dr. Franke**:

Bei 13.700 Unternehmen in Halle dürfte dies durchaus schwierig werden.

Wortmeldung von **Herrn Scholtyssek**:

Zunächst einmal möchte er betonen, dass er nicht an der Umfrage der IHK beteiligt war, dies klang in den Ausführungen von **Herrn Dr. Franke** irgendwie immer unterschwellig mit. Des Weiteren verwahrt er sich dagegen, dass die Umfrage der IHK nur die eigene Meinung unterstützt.

Wortmeldung von **Herrn Dieringer**:

Er sieht keinen Sinn in dem Antrag, da eine Umfrage offenbar nur durch Externe realistisch durchgeführt werden kann und hierfür wieder Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen müssten, die aber offensichtlich nicht vorhanden sind.

Wortmeldung von **Herrn Sieber**:

Nach den Äußerungen von **Herrn Dr. Franke** sollte man vielleicht doch eher auf eine erneute Umfrage verzichten.

Hinweis von **Herrn Häder**:

Er hat **Herrn Dr. Franke** auch so verstanden, dass man lieber von einer eigenen Umfrage Abstand nehmen sollte, da hier die Ergebnisse wahrscheinlich beliebig sein werden (wenn man die Umfrage öfter durchführen würde, hätte man immer individuelle Ergebnisse). Zudem würde dies dann eben wieder mit finanziellem Aufwand in Zusammenhang stehen. Aber dazu sollte der Antrag abgestimmt werden.

Wortmeldung von **Herrn Hajek**:

Er bittet um Vertagung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. unter Einbeziehung der gewerblichen Kammern und Unternehmensverbände unter 200 - nach Branche und Größe repräsentativ ausgewählten - halleschen Unternehmen eine Umfrage mit dem Ziel durchzuführen, eine Grundlage für die Verbesserung der Wirtschaftsförderung zu erhalten.

Dabei sollen folgende Themen bewertet werden:

- Städtische Verkehrsinfrastruktur
 - Erfahrungen mit der Flächen- und Bauleitplanung der Stadt
 - Belastung durch kommunale Steuern
 - Belastung durch kommunale Abgaben und Gebühren
 - Erfahrungen im direkten Kontakt mit städtischen Institutionen
 - Erfahrungen mit dem städtischen Amt für Bauordnung und Denkmalschutz
 - Erfahrungen mit der städtischen Wirtschaftsförderung
 - Erfahrungen mit dem städtischen Umweltamt
2. Darüber hinaus sollen die befragten Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Wünsche und Anregungen zu äußern. Die Unternehmen sind zudem zu befragen, welche Standortfaktoren Halles sie als „besonders positiv“ und „besonders negativ“ bewerten.
 3. Ferner wird die Oberbürgermeisterin beauftragt,
 - dem Stadtrat zeitnah über die Ergebnisse der Befragung zu berichten und dabei
 - die aus den Ergebnissen abzuleitenden Konsequenzen darzulegen, sowie
 - auszuloten, ob und inwieweit die Ergebnisse der Befragung als Grundlage für ein Hallesches Gesamtkonzept zur kommunalen Wirtschaftsförderung dienen bzw. in ein solches Konzept einfließen können.

Die Umfrage und deren Auswertung soll durch die Stadtverwaltung selbst erfolgen. Eine Abgabe an externe Helfer ist aus Kostengründen zu unterlassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde vertagt.

Er wird in der kommenden Ausschusssitzung noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Engagement des Landes als
Mitgesellschafter des MMZ
Vorlage: V/2010/09184**

Zunächst erhält **Frau Hintz** (SPD) für die antragstellende Fraktion das Wort:
Anders als in der Stellungnahme der Verwaltung, sieht die Fraktion den Antrag nicht als erledigt. Immerhin ist der MDR (drei Bundesländer) auch Nutznießer des MMZ und eine Betriebskostensenkung ist im Rahmen der finanziellen Besserstellung des MMZ nicht der Sinn der Sache. Vielmehr sollte man hier auf die Mitteleinwerbung setzen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Eine Beteiligung des Landes als Mitgesellschafter des MMZ ist nicht möglich, da sich das Land nicht selber fördern darf und somit die Form des Mitgeschafters definitiv ausgeschlossen ist.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

Vielleicht sollte die Fraktion den Antrag dahingehend umformulieren, als dass das Wort „Mitgesellschafter“ gestrichen wird und stattdessen „...auf ein stärkeres Engagement des Landes bei der MMZ GmbH zu drängen“ eingefügt wird.

Die Anregung wird von **Frau Hintz** aufgenommen und der Wortlaut des Antrages entsprechend geändert.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Um welche Förderung geht es denn eigentlich?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Hier geht es um Förderungen zum Bau, so könnten GA-Anträge nicht genehmigt werden.

Antwort von **Herrn Sieber**:

Diese Logik ist nicht nachvollziehbar, denn dann könnte das Land auch nicht bei der Moritzburg beteiligt sein.

Wortmeldung von **Herrn Dr. Köck**:

Das Problem war doch eigentlich, dass nur jemand benötigt wurde, der das MMZ mit trägt, aber man sollte vielleicht eher versuchen, das Defizit in den Griff zu bekommen, vielleicht könnte man diesbezüglich um Landeshilfe bitten.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung auf ein stärkeres Engagement des Landes bei der MMZ GmbH zu drängen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

- einstimmig zugestimmt -

Anmerkung:

Der Ursprungsbeschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung auf ein Engagement des Landes als Mitgesellschafter in der MMZ GmbH zu drängen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

- keine -

zu 7 Mitteilungen

- keine -

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von **Herrn Sieber** (verschoben vom Beginn der Sitzung):

Im Rahmen der Zwischenergebnisse zur Onlinebefragung zur Breitbandverfügung wurden der letzten Niederschrift Zahlen der Rückläufe je Stadtgebiet beigefügt. Diese Zahlen sagen aber nichts aus, da hier die Einwohnerzahlen je Stadtgebiet fehlen, sodass nicht gesagt werden kann, wie sich die prozentualen Anteile ergeben.

Wäre es möglich hier die Zahlen der Einwohner sowie evtl. der ansässigen Unternehmen im jeweiligen Stadtgebiet, sowie die Anzahl der Rückmeldung nachzureichen?

Antwort von **Herrn Neumann**:

Die Zahlen werden mit der nächsten Niederschrift im Endstand und aufbereitet mitgeliefert.

Anfrage von **Herrn Dr. Köck**:

Er ist etwas „verschnupft“ über die Aussage von **Herrn Neumann** bei der Stadtteilkonferenz Nord zum Bau des Schwarzen Netto, die ihm durch einen Bürger zugetragen wurde, der verärgert über den Verkauf der Garagengrundstücke war. Dort wurde geäußert, dass der Bau abgestimmt wurde und diesem dann im Stadtrat zugestimmt wurde. Dies entspricht aber nicht der Realität, da der Stadtrat an dieser Entscheidung gar nicht beteiligt war. Der Bau des Schwarzen Netto wäre nicht notwendig gewesen, da in Trotha keine Unterversorgung besteht.

Die Entscheidung dazu lag jedenfalls nicht beim Stadtrat und eine Korrektur dieser Aussage wäre wünschenswert.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er nimmt die Kritik von **Herrn Dr. Köck** auf. Das Problem bei diesem Sachverhalt ist doch, dass ein Teil der Bürger den Bau befürworten und der andere Teil definitiv nicht. Es ist in der Tat ärgerlich für die Bürger, deren Garagen auf dem entsprechenden Grundstück gestanden haben und ein Verkauf des Grundstückes hätte auch nicht erfolgen müssen, wenn dieses Geld nicht für den Bau des Stadions nötig wäre.

Den Stadtrat trifft dabei allerdings in der Tat keine Mitschuld an der Entscheidung zum Bau des Schwarzen Netto und somit zum Verkauf des Grundstücks.

Antwort von **Herrn Dr. Köck**:

Er nimmt diese Aussage so an.

Anfrage von **Herrn Sieber**:

Er nahm auch an der Veranstaltung teil und stellte fest, dass viel Geld für das Einzelhandelsgutachten ausgegeben wird, dieses aber bei der Entscheidung zum Bau nicht abgewartet wurde, obwohl man dies wohl hätte tun sollen. Was hat es denn für einen Zweck dort noch einen Discounter-Markt zu errichten, wenn durch die Bestandsaufnahme im Rahmen des Gutachtens festgestellt wurde, dass dort kein Bedarf mehr besteht.

Wortmeldung von **Herrn Häder**:

Der Bau des Marktes steht hier aber in keinem direkten Zusammenhang mit dem Einzelhandelsgutachten bzw. mit dessen Bestandsaufnahme.

Wortmeldung von **Herrn Dieringer**:

Die Konsequenz aus dem Einzelhandelsgutachten kann aber auch nicht sein, dass dann gesagt wird, wir bauen an den Orten nicht mehr, an denen ausgewiesen wurde, dass dort der Bedarf bereits gedeckt ist.

Antwort von **Herrn Sieber**:

Doch, dies müsste die Konsequenz sein, denn sonst hätte man kein solches Gutachten in Auftrag geben müssen und das Geld hätte gespart bzw. an anderer Stelle verwendet werden können.

zu 9 **Anregungen**

Anregung von **Frau Hintz**:

Künftig sollten die Sitzungen nicht mehr so zeitig stattfinden, da dies, gerade an Tagen mit Bürgersprechzeiten, ungünstig sei.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Dies soll auch künftig die Ausnahme bleiben, in diesem Fall war es auf Grund der dringenden Behandlung des Nachtragshaushaltes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes noch vor dem Finanzausschuss und dem Stadtrat nicht anders möglich.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.10.10

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin